

Medienmitteilung

Thema	Rechnung 2011, IAFP 2013 - 2016
Für Rückfragen	Michael Köppli, Fraktionspräsident, 079 743 30 89
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6350, 3001 Bern bern@grunliberale.ch , www.bern.grunliberale.ch
Datum	8. März 2011

Erfreuliche Rechnung, unerfreulicher Finanzplan

Die Grünliberalen nehmen den jüngsten Rechnungsabschluss der Stadt Bern positiv zur Kenntnis und anerkennen, dass die Sparmassnahmen ihre Wirkung entfaltet haben und die Eigenkapitalbildung weiter voranschreiten konnte. Gleichzeitig zeigt der ebenfalls heute veröffentlichte Finanzplan, dass es, wie Finanzdirektorin Hayoz richtig sagte „dunkle Wolken am finanzpolitischen Horizont“ hat. Die Stadt Bern wird die Ausgabendisziplin weiter erhöhen und auf neue Begehrlichkeiten verzichten müssen. Neuen Abgaben steht glp kritisch gegenüber. Schliesslich verweisen die Grünliberalen an der Stelle auf die städtische Pensionskasse, die nach wie vor ein hohes finanzielles Risiko für die Stadt darstellt.

Die Grünliberalen sind insbesondere deshalb über den jüngsten Rechnungsabschluss erfreut, weil dieser die von der glp seit langem geforderte Eigenkapitalbildung der Stadt Bern vorantreibt. Ein solides Eigenkapital ist in erster Linie eine Absicherung für finanzpolitisch schwierigere Zeiten, in zweiter Linie ermöglicht ein solides finanzielles Polster mittelfristig aber auch eine Steuersenkung.

Keine neuen Begehrlichkeiten im Wahljahr

Wie der Gemeinderat richtig sagt, wäre es falsch, wenn sich die Stadtpolitik nun auf den Lorbeeren ausruhen würde. Im ebenfalls heute präsentierten Finanzplan (IAFP) für die kommenden Jahre zeichnen sich substantielle Defizite ab, welche das geschaffene Eigenkapital innert weniger Jahre gleich wieder aufbrauchen würden. Um dies zu verhindern und stattdessen die Eigenkapitalbildung weiterzuführen, ist eine kontinuierliche Ausgabendisziplin notwendig. Vor allem müssen sich der Gemeinderat und insbesondere auch der Stadtrat im Wahljahr mit neuen Begehrlichkeiten zurückhalten.

Die Grünliberalen sind sehr skeptisch, ob der städtische Haushalt mit einer neuen Feuerwehersatzabgabe gesichert werden soll. Es ist zwar richtig, dass viele andere Gemeinden eine solche Abgabe kennen, viele Gemeinden im näheren Umfeld der Stadt Bern haben dafür aber tiefere Steuersätze. Aus Sicht der glp muss das Budget in den nächsten Jahren primär mit Optimierungs- und Sparanstrengungen gesichert werden und nicht über neue Abgaben und Gebühren. Auf gar keinen Fall aber darf ewb stärker belastet werden, da ewb die notwendigen Investitionen für den beschlossenen Atomausstieg tätigen muss.

Pulverfass Pensionskasse

Abschliessend weisen die Grünliberalen auf das grosse finanzielle Risiko durch städtische Pensionskasse (PVK) hin. Die PVK der Stadt Bern verfügt über eine Leistungsgarantie der Stadt Bern. Das heisst, dass die PVK bei einem Deckungsgrad zwischen 90% und 100% keine Sanierungsmassnahmen ergreifen muss, die Stadt aber für die Unterkapitalisierung garantiert. Der PVK fehlt bei diesem nicht vorhandenen, aber durch die Stadt garantierten Kapital der für die Rentenleistungen notwendige Ertrag. Im Hinblick auf eine Ausfinanzierung der PVK hätte die Stadt Bern der PVK konsequenterweise auch jährlich Zins für den Betrag der effektiv jetzt schon beanspruchten Leistungsgarantie zu entrichten. Das sind derzeit rund 5 Mio. Franken pro Jahr. Heute wird das finanzielle Risiko der Pensionskasse einfach weiter auf die kommenden Generationen abgeschoben. Die Grünliberalen werden dieses Thema mit einer Planungserklärung im Rahmen des IAFP aufgreifen.